

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 6

Köln, den 5. Februar 1932

33. Jahrg.

Zielsezung unserer Bewegung.

Ausgabe A.

Vor allen Dingen weiß die christliche Arbeiterschaft — das kann nicht oft genug gesagt werden —, daß sie die echten und wahren Werte zu wahren und zu hüten hat, die ihr von den vorausgegangenen Geschlechtern anvertraut werden. Sieht man von den religiösen Erwägungen ab, so ist es vor allen Dingen das nationale und völkische Erbgut, das hier in Betracht kommt. Die Geschichte des deutschen Volkes zeigt durch alle Jahrhunderte hindurch fast auf jedem Platz einen glühenden Willen, sich die Freiheit des Lebens in urdeutscher Eigenart unter allen Umständen zu erhalten. Gewiß ist auch die deutsche Geschichte durch manche Blätter verdunkelt, auf denen von einem teilweise nationalen Tiefstand die Rede ist. Aber gerade dann erhoben sich die gesundgebliebenen Teile des Volkes, um in gewaltiger und alles zermalmender Erhebung die Freiheit und den Lebenspielraum neu zu erstreiten. Abweichend von manchen anderen Völkern erträgt das deutsche Volk auf die Dauer keine Fremdherrschaft. Es kann sich nicht damit abfinden, weil es seinem Wesen widerspricht. Dieses deutsche Wesen verlangt Freiheit nach außen und Freiheit im Innern. Es will sich in seiner Art auch im Innern des Zusammenlebens entfalten können in jener Art, die seit der Frühzeit der germanischen Völker ganz unzweideutig zu uns spricht und sich immer wieder durch die Geschichte hindurch ihr Recht verschafft hat. Dabei ist es von einer besonderen Tragweite, daß diese deutsche Art ihren Freiheitswillen vor allen Dingen auch in diejenige Betätigung heineingetragen hat, die für den Menschen die wichtigste ist, weil sie sein ganzes waches Dasein beherrscht: in die Arbeitsbetätigung. Der korporative Gedanke oder der berufständische Gedanke, wie man ihn besser nennt, um nicht einer Verwechslung mit dem Faschismus anheimzufallen, ist urdeutsches Gewächs. Er entspricht dem deutschen Wesen deswegen, weil er die Möglichkeit bietet, die Freiheit des Zusammenlebens sowohl in der Arbeit und in der Wirtschaft, wie auf politischem Boden und in der Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Es ist denn auch eigentlich kaum merkwürdig, daß die Deutschen in irgendeiner Form immer wieder auf diese Grundlinie zurückkommen, so oft auch von anderer Seite dagegen gesündigt worden ist. Insofern besteht das Wort des großen Mainzer Bischofs Ketteler zu Recht, daß auch die moderne (damals überwiegend sozialistische) Gewerkschaftsbewegung, wenn sie auch Klassenbewegung sein wolle, im Grunde genommen Ausfluß aus dem uralten deutschen ständischen Streben sei. Das große Prinzip, das dieser ganzen Einstellung zugrunde liegt, ist das Prinzip der Wertung des Menschen nach seiner Leistung. Zweifellos der gesundeste Grundsatz des menschlichen Zusammenlebens überhaupt.

Die Verirrung der Neuzeit liegt darin, daß dieses Leistungsprinzip als Wertmesser für die gesellschaftliche Schätzung des Menschen immer weiter zurückgedrängt und durch die Schätzung nach dem Besitz ersetzt worden ist. Indem die Menschen in ihrer Schicht nach ihrer Leistung für Wirtschaft und Gesellschaft zusammengefaßt werden, baut sich ein Volksleben auf, das allein Recht hat auf den Namen Demokratie. Solange die Demokratie nichts anderes ist als politische Gleichberechtigung, bleibt sie im Formalen stecken. Erst mit dem Augenblick, wo die Schichten auf Grund ihrer Leistung zusammengefaßt und miteinander in eine innige Verbindung gebracht werden, mit dem Augenblick also, wo wirklich die Besten im natürlichen Aufstieg an die Führung gelangen, ist wirkliche Demokratie vorhanden und gewährleistet. Denn es war doch immer so, daß echte

Demokratie gleichgesetzt werden sollte der Aristokratie der Besten. An diesem neuen Reich, das sich aufbaut auf der Einschätzung nach Leistung, gilt es zu zimmern! Hier liegt der Kernpunkt der Sendung der christlichen Arbeiterschaft. Sie allein von allen Volksschichten hat bis heute diesen Grundgedanken aufgegriffen und sich bemüht, sich ihm praktisch anzupassen. Darum steht die christliche Arbeiterschaft in Todfeindschaft zu jener Lehre, die alles Heil in der bloß mengenmäßigen Zusammenfassung der Menschen vom Klassenprinzip aus erblickt. Ebenso aber steht sie in Todfeindschaft zu jenen heute so lärmend auftretenden Bestrebungen, vergangenes Kastenwesen und vergangene Herrschaftsallüren, hinter denen nichts anderes steht als die Sehnsucht, im schnarrenden Offiziers- und Unteroffizierston zu kommandieren, wieder zu neuem Leben zu erwecken. Denn beides widerspricht im tiefsten Grunde dem deutschen Wesen, das auf Freiheit und Selbstverwaltung in geordneter Schichtenzusammenfassung begründet ist.

Die Führung aber fällt hier naturgemäß der Arbeiterschaft zu. Sie ist es doch, die unter den bisherigen Verhältnissen nicht zu ihrem Recht gekommen ist. Man zwang sie, draußen vor den Toren von Staat und Gesellschaft zu stehen. Insofern kann man sagen, daß ihr Prinzip, daß also das Prinzip des Arbeiterstandes, das Prinzip der Neuzeit überhaupt ist. Indem die Arbeiterschaft zu sich selber kommt, in dem sie ihren Geltungsanspruch verwirklicht, verwirklicht sie zugleich die einzige Form, in der unsere Kultur und nicht zuletzt unser deutsches Wesen weitergetragen werden kann. Infolgedessen hat die christliche Arbeiterschaft von allem Anfang an die wichtigste Institution des gesellschaftlichen Lebens, das Rechtsverhältnis einem entsprechenden Ausbau zuzuführen, sich bemüht. Indem sie von allem Anfang an den Tarifvertrag und die Tarifgemeinschaft erstrebte, kämpfte sie für ein soziales Recht, d. h. für die Neuordnung des Rechtswesens auf der Grundlage geordneter Schichtung. Mit diesem Kampf allein schon hat sie bewiesen, wie sehr ihr Aufbauprinzip positiv und wirklich aufbauend gerichtet ist. Sie hat dann ferner von allem Anfang an die Solidarität aller Arbeitenden nicht bloß als Tatsache erkannt und anerkannt, sondern zugleich als sittliche Verpflichtung begründet. Infolgedessen bedeutet ihr Führungsanspruch keineswegs auch nur von fern etwas ähnliches wie eine Diktatur des Proletariats. In der Solidaritätsbetätigung im Gesamtleben, die sie ihrem Programm gemäß erstrebt, übernimmt sie nur die erste und schwerste Verantwortung. Im übrigen bedeutet christlich-soziale Einstellung von Grund auf Pflege der Persönlichkeit in ihren Werten. Darauf ist ihr ganzes praktisches Streben eingerichtet. Die christliche Arbeiterschaft will, eben weil sie die Freiheit will, die in Volk und Land verwurzelte Persönlichkeit. Sie ist tief von der Überzeugung durchdrungen, daß Bodenständigkeit im äußeren und geistigen Sinne Grundlage aller wirklichen Freiheit ist. Geistig bodenständig ist der Mensch, der die Werte seines Volkstums sich zu erwerben sucht, um auf dieser Grundlage sein Leben und das Leben seiner Angehörigen wie seiner Berufsgenossen aufzubauen. Äußerlich bodenständig ist derjenige, der weiß und es praktisch betätigt, daß aus dem Boden und aus dem Raum, auf und in dem man lebt, bestimmte Werte gleichsam in das Blut des Menschen hineinwachsen. Darum auch die letzte Entschlossenheit der christlichen Arbeiterschaft im Kampf um den nationalen Raum und Boden.

(Aus dem Zentralblatt 2. 32.)

Stand der baugewerblichen Arbeitslosigkeit.

Im Rahmen des Niederganges der deutschen Wirtschaft ist der Tiefstand der Bauwirtschaft ein besonders tragisches Ergebnis Infolge der Zerstörung der Geldquellen des mit hohen Kapitalbeiträgen und langfristigem Umschlag notwendigerweise arbeitenden Baugewerbes war die Bezugschussung des Wohnungsbaumarcktes durch öffentlich-rechtliche Gelder (Hauszinssteuermittel) in der Nachkriegszeit notwendig geworden. Auch die Finanzierung der Bauten öffentlicher Körperschaften durch Voraussgabe von Geld und frühere Zahlung der Schlusssummen im Gegensatz zur vorkriegszeitlichen teilweisen Vorfinanzierung durch das Baugeschäft lag im Rahmen dieser Tatsachen. Private Bauherren mit Eigenkapital gab es in der Nachkriegszeit nur noch in Ausnahmefällen. Durch die eigene Finanzkrise veranlaßt, hat das Reich die Mittel für den Wohnungsbau nach und nach eingezogen und für Verwaltungszwecke verwendet. Aus gleichen Gründen haben alle öffentlichen Körperschaften den öffentlichen Bau zunächst stark gedrosselt und jetzt so gut wie vollständig zum Erliegen gebracht. Welche Einwirkungen solche plötzlichen Umstellungen der Träger der Baukostenfinanzierung auf die Bauwirtschaft haben, ergibt sich mit erschreckender Plastik aus den Arbeitslosenzahlen, die der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands allmonatlich feststellt und aus den rückliegenden Jahren zueinander in Vergleich setzt. Dorgenannter Verband stellt in Prozent seiner Mitglieder von 1927 bis 1931 nachstehende Arbeitslosenziffern fest:

	1931	1930	1929	1928	1927
Januar	80,48	65,00	78,07	40,50	40,91
Februar	82,72	71,52	85,79	36,59	38,30
März	78,63	64,19	53,33	31,10	25,00
April	70,34	51,83	22,97	20,02	14,68
Mai	62,22	44,60	16,06	14,06	6,80
Juni	60,92	42,26	14,46	11,60	6,08
Juli	64,18	42,30	14,06	10,09	4,55
August	69,49	43,29	15,44	9,41	4,10
September	75,17	46,62	17,65	9,52	4,94
Oktober	78,51	51,67	22,52	13,38	5,75
November	84,54	58,52	35,55	23,52	18,01
Dezember	90,32	74,10	58,43	60,51	63,43

Es ist noch immer kein Allgemeingut deutschen Wirtschaftswissens, daß in normalen Zeiten $\frac{1}{2}$ der erwerbstätigen Bevölkerung in der Bauwirtschaft Brot und Arbeit fand. Wäre diese Tatsache bei Umstellung der Baufinanzierung beachtet, dann hätte ein so katastrophaler Abbruch der Bauwirtschaft bis zum jetzigen Tiefstand schon früher den Protest der Allgemeinheit hervorgerufen. Auch wir als Holzarbeiter sind an einer Wiederankurbelung der Bauwirtschaft lebhaft interessiert, weil ein erheblicher Teil unserer Mitglieder nur dadurch wieder lohnende Beschäftigung finden wird.

Es wäre dringend wünschenswert, daß nun endlich entsprechend der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Bauwirtschaft alle um den Wiederaufstieg unserer Volkswirtschaft besorgten Kreise sich schnell und ernsthaft Gedanken machen und den heute die Wirtschaft stark beeinflussenden Behörden das Gewissen schärfen, um von dieser Stelle aus den Wirtschaftsaufstieg wieder einzuleiten. Ohne Verkenning der Bedeutung der Exportwirtschaft sei auch darauf verwiesen, daß die bauwirtschaftlichen Werte auch unverschleppbares Volksvermögen darstellen.

Drei Möglichkeiten.

„Weltkrise und Sozialpolitik“ als Thema behandelte der Reichsarbeitsminister Stegerwald vor einigen Tagen in einer Rundfunkrede. Die wesentlichsten Gedanken geben wir nachfolgend wieder:

Durch die Krise der letzten Jahre sei nicht nur die deutsche Sozialpolitik, sondern die Sozialpolitik der ganzen Welt betroffen worden. Das schleichende Gespenst der Arbeitslosigkeit habe kein Land der Erde bis heute verschont. Über 20 Millionen Arbeitslose, viele Milliarden jährliche Unterstützungskosten, das sei das Bild das der Arbeitsmarkt der Welt nach 17 Jahren eines unbefriedeten Europas biete. Das sei in beträchtlichem Maße die Folge davon, daß die europäischen Siegerstaaten ein Jahrzehnt lang in der Vorstellung lebten, sie könnten sich alle an Deutschland bereichern.

Die deutsche Regierung habe in der letzten Zeit Lohnsenkungen

zulassen müssen; aber auch kein größeres Industrieland der Welt sei von Lohnkürzungen verschont geblieben. Dies gelte nicht zuletzt auch für das klassische Land der hohen Löhne, die Vereinigten Staaten von Amerika. In England sei ebenfalls eine starke Abwärtsentwicklung der Löhne zu beobachten. In Italien sei hinsichtlich der Löhne in der Industrie festgestellt worden, daß diese so weit gesenkt worden seien, daß eine weitere Reduktion weder möglich noch nützlich erscheine.

Der Minister betonte zum Schluß, daß der einseitige Sturm auf die Löhne und Gehälter nicht als Heilmittel für die Gesundung der Weltwirtschaft anzusehen sei und daher auch von der Reichsregierung abgelehnt worden wäre. Wir müßten von der Einstellung herunter, daß zwar Kartell- und Zollschutz etwas Selbstverständliches seien, daß aber der Lohnschutz unzulässig und das freie Spiel der Kräfte hier allein das Gegebene sei. Die Sozialpolitik müsse als Bestandteil der Gesamtpolitik und der Gesellschaftspolitik überhaupt gesehen werden. Wir hätten im großen gesehen zwischen drei Möglichkeiten zu wählen, und zwar:

1. die Arbeiterschaft würde gleichberechtigt in das privatwirtschaftliche System mit ausreichendem staatlichen Schutz eingegliedert;
2. die Wirtschaftsführung würde immer mehr dem Staat überantwortet, oder aber
3. es würde ein kooperatives System mit erhöhter Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer herausgebildet, bei dem dem Staat eine ähnliche Aufsicht und Kontrolle wie gegenüber der politischen Selbstverwaltung obliege.

Der Einblick in Staat und Wirtschaft und der Einfluß auf deren Entwicklung könnten den Arbeitnehmern nicht vorenthalten werden.

Außenhandel und Binnenmarkt.

In den Betrachtungen der deutschen Presse zum schicksalhaften Jahreswechsel 1931/32 wurden häufig die Möglichkeiten erörtert, ob uns das kommende Jahr die Entscheidung der Frage „Weltwirtschaft oder Nationalwirtschaft?“ bringen wird. Eine Antwort auf diese Frage sollte eigentlich nicht sonderlich schwer fallen. Es kann sich nicht um ein „Entweder-oder“, sondern nur um ein „Sowohl als auch“, nicht um die Aufstellung eines Gegensatzes von Außenhandel und Binnenmarkt, sondern nur um eine Politik handeln, die sowohl dem Außenhandel alle pflegliche Behandlung schenkt, als auch den Binnenmarkt nicht vernachlässigt.

Der Binnenmarkt hat mengen- und wertmäßig die überragende, ja vielfache Bedeutung der Ausfuhr. Ein gesunder heimischer Markt bildet die breite Grundlage unserer gesamten Volkswirtschaft. Eine starke deutsche Ausfuhr ist aber aus den verschiedensten Gründen unentbehrlich. Wir sind trotz aller Bemühungen unserer Landwirtschaft gezwungen, einen Teil unseres Nahrungsmittelbedarfs vorläufig noch aus dem Auslande zu beziehen, zum anderen brauchen wir unentbehrliche Rohstoffe für wichtige Industriezweige aus dem Auslande: Erze für die Eisenindustrie, Baumwolle, Wolle, Seide und Jute für die Textilindustrie, Kupfer und Zinn für die Metallindustrie und nicht zuletzt Rohgummi für die große Industrie der Gummiwaren. Hinzu kommt, daß nach den kürzlichen Feststellungen des Baseler Ausschusses Deutschland für 1932 1600—1800 Mill. RM zur Verzinsung und Tilgung seiner kurzfristigen ausländischen Kapitalaufnahmen braucht. Auch diese großen Kapitalbeträge können bei aller Einschränkung der Einfuhr nur durch Ausfuhr aufgebracht werden. Infolgedessen ist die Ausfuhr trotz ihres verhältnismäßig geringen zahlenmäßigen Ausmaßes praktisch für die deutsche Volkswirtschaft von großer Bedeutung.

Wie aber sind die Aussichten für den deutschen Außenhandel zu beurteilen. Die ganze Welt ist völlig aus den Fugen geraten. Das vorkriegliche System internationaler Arbeitsteilung ist gesprengt und jenes Wirtschaftsgesetz, daß man nur sozial ausführen kann, als man bereit und fähig ist, einzuführen, ist durch den Tributwahn in Acht und Bann erklärt. Deutschland hat nichts unversucht gelassen und immer wieder seinen redlichen Willen unter Beweis gestellt, die Welt von ihrem unklugen Beginnen zu überzeugen. Die handelspolitische Lage ist für Deutschland durch den Zusammenbruch des internationalen Kreditystems und die Folgen der Tributkatastrophe besonders ernst. 17 Länder haben die Goldwährung aufgegeben, über ein Duzend Länder müßten ihre Währungen erheblich unter Parität sinken lassen, rund 25 Länder führten eine Devisenzwangswirtschaft ein, viele Länder, — an ihrer Spitze England und Frankreich — sind

dazu übergegangen, ihre Wareneinfuhr rigoros durch Schutzzölle und Kontingentierungen zu erschweren.

Was soll Deutschland angesichts dieser Lage tun? Deutschland kann gar nicht anders, als sich den veränderten weltwirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen, die zu ändern es nicht die Macht besitzt. Ganz zwangsläufig werden wir gezwungen, unseren Verbrauch, soweit irgend angängig, von ausländischen auf inländische Erzeugnisse umzustellen. So lange anstatt des Abbaus der Außenhandelshemmnisse ein Land das andere mit Verschärfung von Zoll und Kontingentierungsmaßnahmen überbietet, bleibt Deutschland gar nichts anderes übrig als die zwingende Verpflichtung, einheimische Waren vor jedem entbehrlichen Auslandserzeugnis zu bevorzugen!

Rundschau.

Franz Behrens 60 Jahre. Am 2. Februar vollendet Kollege Franz Behrens, der Vorsitzende des Reichsverbandes ländlicher Arbeitnehmer, seinen 60. Geburtstag. Schon frühzeitig kam Behrens als junger Gärtnergehilfe in die deutsche Arbeiterbewegung. Im Jahre 1889 trat er in Berlin dem Gärtnerverein Deutsche Eiche bei, und 6 Jahre später wurde er freigestellter Sekretär der Verbandsgeschäftsstelle des allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins. Später übernahm er das Sekretariat der Evangelischen Arbeitervereine in Berlin, dadurch kam er mit Hofprediger D. Stöcker und der christlich-sozialen Parteibewegung zusammen. Die Gründungsversammlung des Reichsverbandes ländlicher Arbeitnehmer, damals Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands, wählte am 2. Dezember 1912 in Würzburg Franz Behrens einstimmig zum 1. Vorsitzenden. Die Leitung des Reichsverbandes ländlicher Arbeitnehmer liegt von diesem Zeitpunkt an bis heute ununterbrochen in seinen Händen. Bei der Reichstagswahl 1907 wurde Franz Behrens im Wahlkreis Wehlar-Altenkirchen als Mitglied des Reichstags gewählt. Dem Deutschen Reichstag gehörte er ununterbrochen bis zum Herbst 1930 — also fast 25 Jahre — an. Neben seiner Tätigkeit für den RJA ist Kollege Franz Behrens noch Vorsitzender des Gesamtverbandes der Krankenkassen Deutschlands und stellvertretender Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Außerdem gehört er dem Deutschen Evangelischen Kirchenausschuß und dem Reichswirtschaftsrat an. Besondere Erfolge hatte die Arbeit von Franz Behrens auf dem Gebiete der Sozialversicherung und des Siedlungswesens. Seiner Arbeit verdankt daher die deutsche Arbeiterschaft, besonders aber die ländliche Arbeitnehmerschaft sehr viel. Zu seinem 60. Geburtstag sprechen wir dem Jubilar unsere herzlichsten Glückwünsche aus!

Was lehrt der Reichsbankausweis? Soeben ist in der Serie der von Dr. Röhr redigierten „Lehrbogen“ ein höchst aktuelles Heft erschienen: „Was lehrt der Reichsbankausweis?“

Die Reichsbank veröffentlicht wöchentlich einen Ausweis über ihre Geldverhältnisse. Dieser Ausweis ist nicht mehr und nicht weniger über unsere Wirtschaft, als was die Ärzte ein Blutbild von einem menschlichen Körper nennen. An dem Aussehen dieses Blutbildes der Wirtschaft sind wir alle auf das lebhafteste interessiert, weil wir alle an unserer Wirtschaft beteiligt sind. Deshalb die Veröffentlichung in allen großen Zeitungen. Wer aber kann dies Blutbild richtig deuten? Es sind bisher leider nur wenige, da eine allgemeine Aufklärung über Bedeutung und Inhalt des Reichsbankausweises fehlt. Diese Aufklärung kann sich jetzt jeder dadurch verschaffen, daß er die Schrift studiert.

Im Anschluß an den oben wiedergegebenen Inhalt werden vier Reichsbankausweise genau besprochen, sozusagen in Anwendung der voraufgegangenen allgemeinen Darlegungen. Dann wird noch die Organisation der Reichsbank aufgeführt und ein Einblick in ihre finanzielle und geschäftliche Entwicklung gegeben. Ein Anhang gibt noch 24 wichtige Definitionen.

Das Heft ist nach Inhalt und Preis eine Leistung ersten Ranges. In Tausenden von Kurzen und Arbeitsgemeinschaften sollte es durchgearbeitet werden, damit in den Lebensfragen der Wirtschaft, besonders des Geldkreislaufes, der Inflation und Deflation sowie der Bedeutung der Deckung mehr Verständnis in alle Schichten des Volkes dringt.

Bestellungen sind zu richten an den Verlag „Deutsche Arbeit“, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25 I. Preis des Heftes 35 Rpf.

So wird's gemacht! In demselben Augenblick, wo der Preislenkungs-Kommissar mit „Hochdruck“ arbeitet, werden zwischen In-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Für die Zeit vom 31. Januar bis 6. Februar 1932 ist der 6. Wochenbeitrag fällig.

Warnung vor Zuzug nach Holland. Die holländischen Kollegen aus „Den Haag“ machen in einer Zuschrift an uns darauf aufmerksam, daß im holländischen Holzgewerbe Differenzen bestehen und akute Streikgefahr vorhanden ist. Zuzug ist fernzuhalten.

Industrie und Handel die Preise weiter gebunden. Die Verhandlungen zwischen der Gummireifen-Industrie und der Händlerschaft haben zu einem Abschluß geführt. So meldet die Gummizeitung vom 11. Dezember. Die Abmachung tritt Anfang 1932 in Kraft und sieht einheitliche Gesichtspunkte für Händlerverdienste, Lieferungs-, Zahlungs- und Wiederverkaufsbedingungen vor. Hier muß die Betonung auf „Händlerverdienste“ und „Verkaufsbedingungen“ gelegt werden. Der Händlerrabatt ist zwar auf 12½ Prozent herabgesetzt (wie hoch derselbe bisher war, wird nicht gesagt), an den Verkaufspreisen soll sich dagegen nichts ändern. (?) Falls sich die Umsatzsteuer erhöht (inzwischen auf 2 Prozent), soll ein Ausgleich durch Erhöhung des Rabatts vorgenommen werden. Die Umsatzbonusse (auch aus dieser Dunkelkammer bringt nichts heraus) sollen auf das geringste Maß gesenkt werden, damit, sage und schreibe, die Händler sich gegenseitig nicht unterbieten. Die Bonusse scheinen demnach so reichlich geflossen zu sein, daß die Händler die Rabatte im Konkurrenzkampfe mit einsetzten, was zur Folge haben mußte, daß die Verkaufspreise nach unten gingen. Im Augenblick nun, wo die Notverordnung nicht nur die Löhne, sondern auch die Preise senken will, trifft die Industrie mit der Händlerschaft neue Bindungen, die weitere Preisenkungen unterbinden sollen. Das alles kann sich unter den Augen der Lohnsenkungsdiktatoren vollziehen. Die Industrie scheint darüber genau im Bilde zu sein, wie weit sie trotz Notverordnung und Preislenkungs-Kommissar gehen darf.

Bausparkassen, die verboten wurden. Je größer die Not wird, um so größer wird auch die Zahl der Projektmacher, Phantasten die einen, Spitzbuben die anderen, beide in gleicher Weise gemeingefährlich. So wachsen in der verdächtigsten Weise in allen Industriezentren Erwerbslosen-Siedlungen als Vereine oder Arbeitsgemeinschaften wie Pilze aus der Erde. Mit den unsinnigsten Versprechungen werben diese teilweise unter den Erwerbslosen, denen sie höchste Beiträge und Anteile abfordern. Diese Beiträge und Anteile sind schon sehr bald aufgezehrt, die Versprechungen unerfüllbar, die Erwerbslosen die Geprellten.

Der Siedlungsgedanke an sich ist gut, wenn er von sauberen und vernünftigen Menschen mit vernünftigen Mitteln unter Beachtung der gegebenen Möglichkeiten verwirklicht wird. Er schlägt in sein Gegenteil um, wenn seine Betreiber damit ihre eigenen Geschäfte machen. Darum, Erwerbslose, hütet euch und euere letzten Groschen vor diesen Vereinen und Gesellschaften. Wendet euch bei allen Siedlungsangelegenheiten an die zuständigen Stellen: Arbeitersekretariate und Gewerkschaftsbüros, die euch beraten und Bescheid geben. Macht notfalls auch die Polizei aufmerksam auf Schwindelunternehmungen, die auf Dummenfang ausgehen.

Das Reichsversicherungsamt hat sich jetzt, nachdem einige Bausparkassenskandale tausende kleiner Leute um ihre sauer ersparten Gelder gebracht haben, veranlaßt gesehen, einige dieser Bausparkassen zu verbieten.

Es handelt sich um folgende Gesellschaften: „Eigenscholle“, Siedlungs- und Bauspar-G. m. b. H., Charandt; Spar- und Kreditgemeinschaft Bausparkasse Akt.-Ges., Dresden; Hypotheken- und Bau-Kredit-Gen. „Hybag“ e. G. m. b. H., Dresden; „Bavaria“, Selbsthilfe-Bauspar-G. m. b. H., Augsburg; Stuttgarter Bausparkasse G. m. b. H., Stuttgart; „Quelle“, Allgemeine Zwecksparkasse G. m. b. H. in Stuttgart.

Bei folgenden Gesellschaften hat das Reichsaufsichtsamt die Eröffnung des Konkurses beantragt: Bau- und Siedlungsparkasse „Deutsche Heimat“ G. m. b. H., Berlin; Wirtschaftshilfe A.-G. für Verwaltung und Finanzierung in Frankfurt a. M., „Deutscher Bau-Bund“ e. G. m. b. H., Magdeburg; Nürnberger Bauspargenossenschaft

m. b. H. in Nürnberg; Baugesellschaft „Carolus“ G. m. b. H. in Frankfurt a. M.

Vermögensbuch mit Lebensversicherung. Bezüglich der Anlage der Spargelder, der größtmöglichen Sicherheit, der guten Rentabilität der Spareinlagen in Verbindung mit einem Versicherungsschutz für den Tod, beschritt vor einiger Zeit die Bausparkasse, Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot i. Württ., einen neuen Weg. Früher hat sie nur Bausparverträge abgeschlossen, d. h. der anfällige Betrag durfte zum Kauf oder Bau von Häusern, zum Um- oder Ausbau oder zur Ablösung von Hypotheken verwandt werden. Die beim Vermögensbuch anfällige Summe kann der Sparer jedoch zu beliebigen Zwecken verwenden. Der Sparer hat die Möglichkeit, ein bestimmtes Kapital in einem im voraus feststehenden Zeitpunkt zusammenzusparen, gleichzeitig aber auch die Gewißheit, daß im Falle vorzeitigen Ablebens des Sparer die Vermögenssumme in voller Höhe zur Auszahlung gelangt. Die Gelder werden in erstklassigen Goldmarkhypotheken für den Bau von Eigenheimen der Bausparer der Gemeinschaft der Freunde angelegt. Die Verzinsung der Spareinlagen ist eine gute. Man kann je nach Alter und Tarif bereits mit dem Betrag von monatlich 2,60 RM sich eine Vermögenssumme von 1000,— RM für den Ablauf der vereinbarten Vertragszeit bzw. den Sterbefall sichern. Das Vermögensbuch ist übertragbar und kann gekündigt, also eine Teilsumme jeweils zurückgezahlt werden. Diese Einrichtung bietet auch den weniger Bemittelten die Möglichkeit, sich für die Zukunft ein kleines Vermögen zu sichern und auch die Familienangehörigen im Falle des Todes vor Not zu bewahren. Die Einrichtung darf als eine soziale Tat der bisher auf dem Bauspargebiete schon führend tätig gewesenen Bausparkasse, Gemeinschaft der Freunde Wüstenrot, bezeichnet werden, mit der ja auch eine Reihe bedeutender Organisationen, wie die christlichen Gewerkschaften, Arbeitervereine, Wohnungsorganisationen, Genossenschaften in einem Freundschaftsverhältnis stehen und ihre Bestrebungen in weitestgehendem Maße fördern und unterstützen. Tr.

Berichte aus den Zahlstellen.

Freiburg i. B. berichtet über die am 17. Januar stattgefundene Generalversammlung.

Im Geschäftsbericht, erstattet durch den 1. Vorsitzenden, spiegelt sich die heutige Wirtschaftslage wider, die besonders durch die große Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Ein großer Prozentsatz der Mitglieder ist davon betroffen. Aber trotzdem war das Verbandsleben sehr reger. Das kam durch guten Versammlungsbesuch und reges Interesse der Mitglieder an den wirtschaftlichen, sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Fragen zum Ausdruck. Es wurde von der Jugendgruppe ein Beiz- und Polsterkursus unter der sachmännischen Leitung des Kollegen Hausenbauer abgehalten sowie ein Polsterer- und Tapezierkursus unter sachkundiger Leitung in der Gewerbeschule. Mit Dankesworten an alle Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute für ihre Mitarbeit im verflossenen Geschäftsjahr schloß er seine Ausführungen.

Der Kassierer, Kollege Eckerlin, gab sodann den Kassenbericht, aus dem hervorging, daß durch das Unterstützungswesen erhebliche Mittel den Arbeitslosen zufließen. Damit werde bewiesen, daß in Zeiten der Not die Gewerkschaften die besten Helfer der Arbeiterschaft sind. Die Revisoren hoben die vorbildliche Kassenführung besonders hervor. Namens des Ortskartells entbot Kollege Dressel Grüße und zollte der Geschäftsführung seine volle Anerkennung. Ebenso entbot Kollege Henkel die besten Wünsche und gab der Hoffnung Ausdruck, daß wir bald den Tiefpunkt erreicht haben würden, um dann einer besseren Zukunft entgegenzugehen.

Von der Aussprache wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich anerkennend über die geleistete Arbeit des Vorstandes aus. Durch die Wiederwahl des gesamten Vorstandes bestätigte die Generalversammlung der Verwaltung das bisherige Vertrauen. Über die gewerkschaftlichen Fragen der Gegenwart und Zukunft und über die Auswirkung der Notverordnung auf die Lohnbewegung referierte unser Bezirksleiter Kollege Baumer, der die Ursachen der heutigen wirtschaftlichen Lage besonders im Holzgewerbe darlegte. Durch seine Ausführungen über die stattgefundenen Lohnverhandlungen erbrachte er den Beweis dafür, daß trotz der Notverordnung ein starker gewerkschaftlicher Zusammenhalt unbedingt erforderlich ist, um nicht die gesamten Arbeiter-

rechte, die in 30jähriger mühevoller Arbeit errungen worden sind, wieder zu verlieren. Von den Mitgliedern wurde die Arbeit unserer Sekretäre voll und ganz anerkannt mit dem Wunsche, auch fernerhin treu für die Sache der Holzarbeiter einzutreten. Die Ausführungen zeigten eine große Sachkenntnis in wirtschaftlichen, sozialpolitischen und gewerkschaftlichen Fragen und gaben der schon verlaufenen Generalversammlung einen würdigen Abschluß. W. Sch.

Ertingen meldet einen guten Besuch der Generalversammlung als Beweis für das vorhandene gewerkschaftliche Interesse innerhalb der Zahlstelle. Trotz der auch hier vorhandenen schlechten Geschäftslage herrscht gute Kameradschaft und ein harmonisches Verhältnis der Mitglieder untereinander. Kollege Kaiserauer, der an unserer Generalversammlung teilnahm, sprach über die Wirtschaftslage und behandelte dabei besonders das Holzgewerbe. Er richtete ermunternde Worte an die Versammelten und gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Geist echter Kameradschaft und gewerkschaftlicher Solidarität die Holzarbeiterschaft trotz aller Widerstände heraus- und aufwärtsführe. Treue zur Organisation sei heute mehr wie je dringendes Gebot, damit wir im gegebenen Augenblick den Kampf um die Verbesserung unserer wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Lage mit größerer Aussicht auf Erfolg neu entfachen können. Wir in Ertingen wollen dabei sein.

Ehingen. Unsere diesjährige Generalversammlung wickelte die übliche Tagesordnung schnell und gut ab. Die Vorträge über die im Verlauf des vergangenen Jahres stattgefundenen Versammlungen wurden gutgeheißen, der Kassenbericht fand allgemeine Anerkennung, und bei der Vorstandswahl sind Veränderungen nicht eingetreten. Die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes ist Beweis für das zwischen Vorstand und Mitgliedern bestehende Vertrauensverhältnis.

Nach Abwicklung des geschäftlichen Teiles hielt Kollege Kaiserauer, Stuttgart, der wiederholt an unseren Versammlungen teilnahm, einen Vortrag über die gegenwärtige Lage. Dabei schilderte er im besondern die Not der Arbeiterschaft und forderte baldige Abhilfe. Zu unserem Teil wollen auch wir die Voraussetzungen schaffen helfen und für die Aufrechterhaltung der Gewerkschaftsbewegung und im besondern für die Stärkung unseres Verbandes sorgen. Den Glauben an eine bessere Zukunft lassen wir uns nicht nehmen.

Büchermarkt.

Leitfaden des Arbeitsrechts von Dr. Hermann Feilbach, Arbeitsgerichtsdirigent in Offenbach a. M., und Wilhelm Seibert, Stadtschulrat in Offenbach a. M., Verlag von Julius Beltz-Langensalza, Berlin-Leipzig. Preis RM 1.35.

Das Arbeitsrecht ist heute in unserem Rechts- und Wirtschaftsleben von hervorragender Bedeutung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sollten im eigenen Interesse über die Hauptfragen des Arbeitsrechts Bescheid wissen. Vor allem erscheint es wichtig, daß in den Berufsschulen als wesentlicher Teil des staatsbürgerlichen Unterrichts das Arbeitsrecht behandelt wird. Das vorliegende kleine Werk soll deshalb in erster Linie dazu dienen, Lehrern und Schülern der Berufsschule Führer durch dieses Gebiet zu sein. Es war dem Zwecke des Buches entsprechend darauf zu achten, daß bei einer erschöpfenden Darstellung der rechtlichen Begriffe des Arbeitsrechts, des Einzelvertragsrechts, des Arbeitnehmer-schutzrechts, des kollektiven Arbeitsrechts sowie der Arbeitsgerichtsbarkeit eine möglichst leichte und allgemeinverständliche Ausdrucksweise zu wählen ist. Dies erwies sich auch um deswillen als notwendig, als besondere Rechtskenntnisse nirgends vorausgesetzt werden.

Um auch äußerlich die Beantwortung auftauchender Rechtsfragen zu erleichtern, wurde in den Kapitelüberschriften die Frageform gewählt. Die Verfasser haben dem kleinen Werk nach Inhalt und Darstellung die richtige Form gegeben, so daß es vor allem Personen, die sich in Schule und Beruf mit Arbeitsrecht zu befassen haben, von großem Nutzen sein dürfte.

Anzeigenpreis für die vierteljährliche, 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Verlag befinden sich Köln, Senloer Wall 9. Telefonruf West 515 46. — Redaktionsbüro III Samstag-Mittag.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder in der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von RM 1,— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Selbstungen nur Postkontonto 7718 Köln.